

Bulsmiher Tageblatt

Montag, 18. November 1929

Beilage zu Nr. 268

81. Jahrgang

Gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Die Besorgnisse der sächsischen Landwirtschaft.

Der Sächsische Landbund hat an das sächsische Wirtschaftsministerium folgende Eingabe gerichtet: Die Verhandlungen mit Polen zwecks Abschlußes eines deutsch-polnischen Handelsvertrages, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit bisher geführt sind, sollen so gut wie abgeschlossen sein. Das, was darüber zur Kenntnis weiterer Kreise gelangt ist, erfüllt die sächsische Landwirtschaft mit größter Sorge. An das Ministerium richten wir die dringende Bitte, bei der Reichsregierung nachdrücklich Verwahrung einzulegen, daß ein Handelsvertrag mit Polen unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen der deutschen Landwirtschaft abgeschlossen wird. Keinesfalls darf ein Vertrag, auch wenn er diese Interessen wahr, in Kraft gesetzt werden, solange die Zollautonomie für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht wiederhergestellt ist.

Keine Fichtenzapfen entwenden!

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: Der reichliche Zapfenanhang der Fichte im Sächsischen Erzgebirge gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Entwendung von Zapfen lebender Bäume nach § 6 des sächsischen Forst- und Feldstrafgesetzes als Forstdiebstahl bestraft wird. Auch die Entwendung am Boden liegender, noch nicht ausgefallener Zapfen ist verboten und wird nach § 14, Abs. 1, Nr. 2 d. G. als Übertretung bestraft. Da die Zapfen zur Samengewinnung gebraucht werden, sind die Forstbeamten angewiesen, alle Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Die Bautätigkeit im Monat September.

(Mitteilung des Sächsischen Statistischen Landesamtes.)

Im Freistaat Sachsen wurden im Monat September 880 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Bautzen 71, Chemnitz 230, Dresden 186, Leipzig 285 und Zwickau 108. Diese Neubauten sollen insgesamt 3676 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 122 Baugenehmigungen für Um-, An- und Aufbauten mit insgesamt 161 Wohnungen erteilt, von denen vier Not- und Behelfsbauten mit vier Wohnungen sein werden.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 828 Neubauten mit 2607 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 340 mit einem und 236 mit zwei Wohngeschossen und unter den Wohnungen 41 mit einem und zwei, 576 mit drei, 1438 mit vier und 552 mit fünf und mehr Wohnräumen. 815 Neubauten waren Wohnhäuser, davon 335 Ein- und 183 Zweifamilienhäuser. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 121, die von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet worden sind, und 156, die außerdem als gemeinnützige Bauten bezeichnet sind. Durch 164 Umbauten wurden 169 Wohnungen gewonnen, darunter fünf durch Not- und Behelfsbau. Ferner waren zwei Umbauten abgenommen, durch die nur Wohnungsabgänge (5) erfolgten.

An Gebäudeabgängen waren im September 26 Häuser mit 78 Wohnungen zu verzeichnen. Die Berichtszeit erbrachte somit insgesamt einen Zuwachs von 2698 Wohnungen (Monat September 1928: 2235; davon entfielen auf die Städte: Chemnitz 22, Dresden 498, Leipzig 825, Plauen 19 und Zwickau 68.

Zur Bauten ohne Wohnungen beträgt die Zahl der im September 1929 genehmigten Neubauten 282, von denen 272 wirtschaftlichen Zwecken dienen sollen. Abgenommen wurden 253 Neubauten, davon 241 zu wirtschaftlichen Zwecken. Um-, An-, Auf- und Einbauten wurden genehmigt 251, und 280 abgenommen. Ferner wurden 14 durch Abbruch, Brand usw. erfolgte Abgänge von Gebäuden, darunter fünf für wirtschaftliche Zwecke gemeldet.

Nachwirkungen der Glashütter Zahlungsschwierigkeiten.

Das Recht des Beamten auf Personalaktenvorlegung.

Der frühere Bürgermeister von Glashütte, Opitz, hatte einige Monate nach seinem Übertritt in den Ruhestand die Offenlegung seiner Personalnachweise und aller Aufzeichnungen und Schriftstücke gefordert, die von der Verwaltung über ihn geführt oder angefertigt worden sein sollten. Der Stadtrat war bereit, die eigentlichen Personalnachweise vorzulegen, lehnte aber das weitergehende Verlangen ab, weil die in Frage kommenden Akten und Schriftstücke, soweit sie überhaupt existieren, kein Urteil über die Person und das Dienstverhältnis des früheren Bürgermeisters enthalten, sondern ganz andere Dinge, deren Veröffentlichung im Interesse der Stadtgemeinde nicht erfolgen darf. Der Antragsteller habe auch keinen sachlichen Grund für ein solches Verlangen, habe doch der Stadtrat darauf verzichtet, zivil- oder strafrechtlich gegen den Bürgermeister vorzugehen. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat auf Abweisung der Klage erkannt. Der Kläger irre mit seiner Annahme, daß Artikel 129 der Reichsverfassung verletzt sei. Diese Verfassungsbestimmung beziehe sich nur auf Beamte, nicht aber auch auf frühere Beamte. Trotzdem habe der Kläger einen Anspruch auf Vorlegung der eigentlichen Personalnachweise auf Grund der sächsischen Ministerialverordnung vom 7. Februar 1921, wonach Beamten die Einsichtnahme in ihre Personalnachweise zu gewähren ist, wenn sie dies, wie der Kläger, innerhalb sechs Monaten nach ihrem Übertritt in den Ruhestand begehren. Eine derartige Bestimmung sei auch im Ortsgesetz von Glashütte enthalten. Dagegen sei die Annahme des Klägers, daß ihm alle Schriftstücke usw. vorzulegen seien, die über ihn geführt wurden, falsch. Die Sanierungsakten von Glashütte und die Urkunden der Beschlüsse des Untersuchungsausschusses fallen nicht unter den Begriff des Personalnachweises. Endlich werden die Annahmen des Klägers, daß völlig unzulässig zurückgewiesen, daß Geheimakten über ihn existieren und daß das Sanierungsamt von Glashütte lediglich zum Zwecke seiner Verleumdung vom Bürgermeisterposten inszeniert worden sei.

Großfeuer in einem sächsischen Dorf.

Mehrere Gebäude niedergebrannt.

In Gaußtrich bei Rebersdorf brach ein Brand aus, der großen Umfang annahm. Die Dresdener Feuerwehr und zahlreiche Wehren der Umgebung waren an der Brandstelle erschienen. Doch wurde die Bekämpfung des Feuers infolge Wassermangels außerordentlich erschwert. Der Feuerwehr gelang es, Verbindung mit einem zwei Kilometer von der Unglücksstelle entfernt liegenden Teich herzustellen, so daß die Löscharbeiten, die zeitweise unterbrochen werden mußten, wieder aufgenommen werden konnten. Fünf Wirtschaftsgebäude sind niedergebrannt, zwei andere waren ebenfalls vom Feuer ergriffen. Das Großvieh konnte allgemein gerettet werden, war aber in der Dunkelheit zum Teil zerstreut, so daß man es wieder einfangen mußte. Das Feuer soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein.

Das Wappen Irlands,



das jetzt an der neuen Gesandtschaft des Freistaates Irland in Berlin angebracht wurde.

Siedlung im deutschen Osten tut not!

25 Jahre Deutscher Kolonialverein.

Berlin. Die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Kolonialvereins, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Außenpolitik, steht im Zeichen des Jubiläumsjahres. Die Hauptversammlung im Reichswirtschaftsrat wurde vom Präsidenten Fölscher mit einer Ansprache eröffnet, die dieses Tages besonders gedachte. An den Reichspräsidenten wurde folgendes Begrüßungstelegramm übersandt: „Bei der Feier des 25jährigen Bestehens des Deutschen Kolonialvereins gedenken wir in Treue unseres hochverehrten Herrn Reichspräsidenten. Wir sprechen dabei die Hoffnung aus, daß es Ihnen gelingen möge, die berechtigten kolonialen Wünsche des deutschen Volkes ihrer Erfüllung näher zu bringen.“

Aus dem zur Verlesung gebrachten Jahresbericht ging hervor, daß auch das verfloßene Vereinsjahr auf allen Gebieten Fortschritte gebracht hat, indem es in größerem Maße als bisher möglich war, Auswanderer zu betreuen und zu leiten und vor allem dadurch auch zur Stärkung des Deutsch-tums und des deutschen Wirtschaftslebens in Südwestafrika beizutragen. Generaldirektor Dr. Böglner und Generaldirektor Dr. Thysse sind dem Ehrenausschuß des Vereins beigetreten. Von anderen Persönlichkeiten, die sich diesem Ausschuß anschließen, seien Gouverneur z. D. Schnee, M. d. R., Reichsminister a. D. Dr. Schiele, Präsident des Reichslandbundes und Konrad, Präsident des Reichsbundes der Kinderreichen, genannt.

Sodann sprach Professor Dr. Freiherr von Freytag-Loringhoven, M. d. R., über das Thema: „Deutschland und das Mandatsystem.“ Das Anwachsen der kolonialen Interessen sei ein besonders erfreulicher Ausfluß des sich in vielem ankündigenden nationalen Erwachens. Wir müßten

auch ohne Kolonien Kolonialpolitik treiben.

Voraussetzung dafür sei Erkenntnis der Rechts- und Sachlage und Vermeidung optimistischer Selbsttäuschung. Wir hätten heute keine Aussicht auf Wiederlangung der Kolonien. Wir dürften uns durch die Phrasen des Artikels 22 der Völkervereinbarung nicht irreführen lassen. Sie seien

Die kleine Studentin

Roman von P. Wild

Copyright by Marie Brüggemann, München.

„Wenn Fräulein Koelsch glaubt, einer solchen Arbeit gewachsen zu sein“, meinte er leichtsin. „Seit Spätherbst sind meine Versuche auf einem toten Punkt angelangt. Solche Versuche brauchen viel Geduld.“

„Ich kenne die Schwierigkeiten, bin sozusagen damit aufgewachsen. Mein Vater war Chemiker. Gerade die Schwierigkeit reizt mich, stärkt meinen Willen. Ich hoffe mit dem B-Gas, in Verbindung mit dem LM-Luftstoff, durch bestimmte Erwärmung ein Leichtgewicht zu erzielen, wenn vorläufig auch dem Endresultat noch große Schwierigkeiten entgegenstehen. Die müssen bezwungen werden. Durch Zusatz zerstäubten und präparierten Schwefelsäuredampfes hoffe ich die Schmelzluft herzustellen, die einer praktischen Ausnutzung sicher ist. Sie würde dann für bestimmte Höhenlagen regulierbar sein; das ist etwas sehr Wichtiges. Damit könnten nicht nur Gistgasen im Bergwerk, unter Tage, sondern auch anderen Gistgasen neue Widerstände entgegengesetzt werden. Unter Glas, in der Retorte, kann ich Ihnen den Versuch im Kleinen, soweit er mir bis jetzt gelungen ist, vorführen. Natürlich sind die Vorbedingungen im Freien durchaus andere, besonders durch die Beweglichkeit und Vielartigkeit der verschiedenen Luftströmungen.“

Sie hatte sich in der Hoffnung, ihre geliebte Arbeit aufnehmen zu dürfen, förmlich in Eifer geredet.

Der Kommerzienrat verfolgte mit Erstaunen den Ernst, den dies junge Ding dem schwierigen Problem entgegenbrachte.

Dabei kam ihm ein Erinnerung. Sagte sie nicht soeben, daß ihr Vater auch Chemiker gewesen sei?

„Sind Sie vielleicht mit dem verstorbenen Professor Koelsch verwandt?“

„Das war mein Vater. Ihm verdanke ich das Interesse für die Chemie und die Unterlagen für meine jetzigen Versuche, soweit ich sie nicht beim Studium vertiefte.“

„So, die Tochter des berühmten Chemikers? Wir waren Studienfreunde.“

„Das wußte ich.“

„Und Sie schwiegen?“

„Durfte ich Sie beeinflussen? So etwas liebe ich nicht.“

„Nun, es hätte Ihnen nicht geschadet. Ich habe Ihren Herrn Vater als einen unserer hervorragendsten Chemiker hoch geschätzt. Leider hat uns das Leben auseinandergebracht und nie wieder persönlich zusammengeführt. Sie müssen mir ein andermal von ihm erzählen. Zunächst entscheiden Sie, ob Sie die Stellung antreten wollen?“

„Entscheiden, Herr Kommerzienrat? Wenn Sie mich im Laboratorium brauchen können, habe ich nichts zu entscheiden. Wieder dort arbeiten dürfen, mit meinen Tiegel, Retorten, Chemikalien, Dämpfen hantieren dürfen — ein solches Glück habe ich nicht mehr erwartet“, sprudelte sie in unbeherrschter Freude heraus.

Wie jung sie ist bei allem Ernst, lächelte der Kommerzienrat in sich hinein, wie impulsiv. Das wäre ihm als Sekretärin weniger angenehm gewesen; da war ihm eine ausgeglichene Wesensart lieber. Temperamentvolle Jugend wirkte dort leicht deplaciert, wenigstens an seinen Ansprüchen gemessen.

„Walter, zeige Fräulein Koelsch dein Laboratorium, und hernach ordnen wir dann das Geschäftliche.“

„Bitte, Fräulein Koelsch!“ Walter Merder ging hinter ihr her aus dem Zimmer. —

Der Kommerzienrat entnahm einem eingeschriebenen Briefe die Photographie einer Frau. Lange und eindringlich betrachtete er das schöne Frauenantlitz, fragend, forschend, prüfend. Dann durchlas er den Begleitbrief. Eine sympathische Handschrift, einfach, natürlich, klar, gut les-

bar, ohne die häßlichen Verschnörkelungen und albernen Modetorheiten, die manche elegant oder interessant finden, die aber in Wirklichkeit nur potenzierte Eitelkeit sind. Etwas Charakteristisches lag im Schwung der Buchstaben, die in gleitendem Fluß ineinander gliederten, sorgfältig, ordentlich. Die verstärkten kurzen Unterstriche deuteten auf Energie; auch zeigte der Abstand von Wort zu Wort logischen Verstand, während das leise Aufwärts der Endbuchstaben auf weibliche Empfindungsfähigkeit schließen ließ — eine Eigenschaft, die ihm lieb war, denn vermännlichte Frauen waren ihm, auch im Beruf, verhaßt.

Die eingelaufenen Auskünfte hatten einwandfrei nur Gutes ergeben, so daß er kein Bedenken trug, Beate von Sundwig anzustellen. Als Mann der alten Schule verließ er sich trotz Einsicht in die modernen Fortschritte psychotechnischer Prüfungs- und Signungsmethoden, die er als erster in seinem Werk eingeführt hatte, am liebsten auf seine persönliche Erfahrung, seine Menschenkenntnis, die ihn in den langen Jahren der Praxis nur selten enttäuscht hatten.

Frau von Sundwig konnte berufliche Fähigkeiten und Zeugnisse nicht aufweisen, doch würde er sie bei persönlicher Vorstellung erproben.

Nur ein Bedenken war da: ihre auffallende, wenn auch diskrete Schönheit. Er überließ keinen Augenblick den Zauber, der von ihr ausging, und die Gefahr für seinen Sohn, dessen leichte Entflammbarkeit er kannte. Andererseits hatte er dessen Wort; innerhalb des Betriebes hatte er sich bis heute noch stets geäußert. Und er würde die Augen offen halten.

Mit fester Hand warf er ein paar Zeilen auf das Papier. Fräulein Venger erschien auf sein Klingeln.

„Lassen Sie das Telegramm besorgen und an die gleiche Adresse hundertundfünfzig Mark telegraphisch anweisen, dringend.“

